



N i e d e r s c h r i f t

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

20. Wahlperiode – 12. Sitzung

am Freitag, dem 15. November 2024, 17:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Dr. Bernd Buchholz (FDP), Vorsitzender
Martin Balasus (CDU)
Patrick Pender (CDU)
Andrea Tschacher (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bina Braun (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Martin Habersaat (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Claus Christian Claussen (CDU)
Marion Schiefer (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Die Metropolregion innovativ und nachhaltig für eine gute Zukunft ausrichten	4
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/900	
2.	Nachbereitung der Reise der Ausschüsse in die Metropolregion Rotterdam-Den Haag	4
3.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder für Schleswig-Holstein und Hamburg des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Abgeordneter Dr. Buchholz, eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des schleswig-holsteinischen Ausschusses fest.

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Abgeordneter Pochnicht, eröffnet die Sitzung des hamburgischen Ausschusses um 17:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des hamburgischen Ausschusses fest. Der hamburgische Ausschuss beschließt zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft.

Die Ausschüsse verständigen sich, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam zu beraten.

1. Die Metropolregion innovativ und nachhaltig für eine gute Zukunft ausrichten

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/900](#)

(überwiesen am 12. Mai 2023 an den **Zusammenarbeitsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss, den Bildungsausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: [Drucksache 19/3082](#), [Umdrucke 20/1800](#), [20/1848](#), [20/1936](#),
[20/1937](#), [20/1938](#), [20/1939](#), [20/1940](#), [20/1942](#),
[20/1943](#), [20/1944](#), [20/1945](#), [20/1947](#), [20/1957](#),
[20/1971](#), [20/1973](#), [20/2001](#)

2. Nachbereitung der Reise der Ausschüsse in die Metropolregion Rotterdam-Den Haag

hierzu: [Umdruck 20/3451](#)

Herr Dr. Hogrefe, Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Innenministerium, berichtet, inzwischen sei das räumliche Leitbild durch den Regionsrat der Metropolregion beschlossen worden und müsse nun durch die Planungsbehörden der Länder in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen aufgegriffen werden. In Schleswig-Holstein würden derzeit die Stellungnahmen in der Regionalplanung ausgewertet.

Im Weiteren, so Staatssekretär Dr. Hogrefe, wolle er betonen, dass es wichtig sei, die Innovationsdynamik in der Metropolregion zu stärken, wofür eine Innovationsagentur gegründet worden sei. Am heutigen Tage habe der Lenkungsausschuss der Metropolregion die Finanzierung der Phase null in Höhe von 320.000 Euro durch Rückgriff auf entsprechende Fördermittel der Länder gesichert. Der ursprüngliche Zuwendungsantrag sei etwas zu niedrig gewesen; somit seien nun auch Tarifsteigerungen abgebildet. Gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan habe sich derzeit eine Verzögerung von ungefähr zwei Monaten ergeben, sodass man voraussichtlich im zweiten Quartal 2025 entscheidungsreife Vorschläge zur Innovationsagentur vorlegen könne, die dann über die Gremien der Metropolregion wie die politischen Gremien der Länder eingespeist würden.

Herr Rieckhof, Staatsrat der hamburgischen Behörde für Wirtschaft und Innovation, berichtet anhand der Struktur des ursprünglichen Berichts ([Drucksache 20/900](#)).

Zu Punkt 2 – Regionale Innovationsstrategie – berichtet er ergänzend zum Bericht des Staatssekretärs Dr. Hogrefe, die Lenkungsgruppe des Projekts habe sich konstituiert. Zwei Personen seien über die Metropolregion eingestellt worden, vier dezentral in den Innovationseinrichtungen. Seiner Auffassung nach sei die Innovationsagentur das zentrale Projekt im Rahmen des OECD-Nachfolgeprozesses in Aufarbeitung der Empfehlungen der OECD ([Umdruck 19/3015](#)). Vereinzelt sei Kritik geäußert worden, ob es eine derartige Phase null brauche. Man müsse jedoch mit den vorhandenen Prozessen und politischen Strukturen in der Metropolregion mit vier Bundesländern arbeiten. Es handele sich seiner Auffassung nach um einen gelungenen Aufschlag, die die Grundlage für die dann zu treffenden politischen Entscheidungen lege.

Zu Punkt 3 – Mobilität in der Metropolregion – berichtet Staatsrat Rieckhof, bis Ende 2027 sei beabsichtigt, die kommunalen Daten in die Baustellenkoordination zu integrieren. Dies sei technisch nicht immer einfach. Der Zeitraum bis 2027 sei zwar lang, jedoch aufgrund der technischen Herausforderungen realistisch. Die Arbeitsgruppe Baustellenkoordinierung strebe auch eine Integration der Baustellendaten der Deutschen Bahn an, um einen Gesamtüberblick über die pendlerrelevanten verkehrlichen Maßnahmen zu erhalten. Die Arbeitsgruppe werde dem Regionsrat im März 2025 berichten.

Zum Innovationszentrum Autonomes Fahren gebe es unterschiedliche Einschätzungen zwischen den Bundesländern. An Hamburg habe es nicht gelegen, dass man über die Standortfrage keine Einigung erzielt habe. Das Projekt sei somit nicht in den Katalog der weiteren Aktivitäten aufgenommen worden.

Mit dem Nationalen Kompetenznetzwerk für nachhaltige Mobilität (NaKoMo) habe der Regionsrat sich im Mai 2024 beschäftigt und über Innovationsformen beraten. In der Folge sei eine Fachtagung durchgeführt worden. – Herr Richter, Leiter der Geschäftsstelle der Metropolregion, ergänzt, der Lenkungsausschuss habe am 20. September 2024 beschlossen, dass dieses Projekt in einer Startphase mit drei Vollzeitstellenäquivalenten ausgestattet werden solle. Von der Gesamtsumme von 1,3 Millionen Euro kämen 600.000 Euro aus dem Fonds der Metropolregion, der Rest werde von der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende Hamburg sowie dem HVV zur Verfügung gestellt.

Das Radschnellnetz in der Metropolregion, so Staatsrat Rieckhof, werde konzeptionell weiterentwickelt. Es komme jetzt neben der Schaffung identifikationsstiftender Elemente wie Infostellen, Beschilderungen und Haltebügel vor allem darauf an, die Projekte real umzusetzen. Dies setze insbesondere die Bereitschaft der kommunalen Handlungsträger voraus, sich hier zu engagieren. Hamburg stehe zum Ausbau des Radwegenetzes, respektiere aber selbstverständlich auch die kommunale Planungshoheit der Umlandgemeinden.

Zum Punkt 4 – Fachkräftegewinnung – betont Staatsrat Rieckhof, hier sei der Prozess etwas schwierig verlaufen. In seiner Sitzung im April 2024 habe der Lenkungsausschuss eine Finanzierung sichergestellt für ein Projekt unter Beteiligung von Kammern, das für drei Jahre bis Ende April 2027 laufe. Es sei stets wichtig, dass die Metropolregion nicht nur eine Kooperation der Länder, Kreise und Kommunen sei, sondern auch Vertreter der Wirtschaft, Verbände und Gewerkschaften einbinde.

Zum Punkt 5 – Wohnungsbau – habe der Lenkungsausschuss im Juni 2024 der Finanzierung für ein Wohnungsmarkt-Monitoring zugestimmt. Die Vorbereitung der Ausschreibung laufe derzeit. Zudem habe der Regionsrat einen Leitfaden für flächensparende und kompakte Siedlungsentwicklung mit Fokus Wohnen angenommen.

Zur Raumentwicklung – Punkt 6 des Berichts – berichtet Staatsrat Rieckhof, das räumliche Leitbild der Metropolregion 2045 sei mit großem Aufwand erarbeitet worden; es sei ein programmatisches, zukunftsweisendes, aber informelles Planungsdokument. Hier komme es darauf an, inwieweit dieses Dokument Einfluss auf die weiteren Planungen der politischen Instanzen in beiden Bundesländern finden werde.

Zu Punkt 10 – Stärkung des internationalen Profils – verweist Staatsrat Rieckhof auf die Arbeit der Marketingorganisation, die hier hochprofessionell arbeite.

Abgeordneter Dr. Buchholz berichtet, das Innovation Quarter der Metropolregion Den Haag/Rotterdam habe durch den Einsatz revolvierender Fonds aus einem Startkapital von ungefähr 10 Millionen Euro ein zu bewirtschaftendes Fondsvolumen von 380 Millionen Euro erwirtschaftet. Demgegenüber gebe es in der Metropolregion Hamburg eine Zurückhaltung der Wirtschaftsförderungsorganisationen, die vor allem Angst davor hätten, Doppelstrukturen zu schaffen.

Staatsrat Rieckhof bestätigt, es gebe selbstbewusste etablierte Akteure und Strukturen in den vier norddeutschen Bundesländern. Entsprechend müsse es darum gehen, keine Doppelstrukturen, sondern sinnvolle Komplementarität zu schaffen. Er wollte nicht in Abrede stellen, dass die Arbeit des Innovation Quarter wichtige Inspirationen für die zu gründende Innovationsagentur geben könne. Grundlage des Fonds des Innovation Quarter seien die EFRE-Mittel gewesen. Hier sei zu bedenken, dass die entsprechenden Mittel in Hamburg und Schleswig-Holstein bereits anders gebunden seien. – Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Buchholz weist Staatsrat Rieckhof darauf hin, die Metropolregion Hamburg habe sich zumindest in Bezug auf die Kernstadt seit Erscheinen des OECD-Berichts 2019 im Innovation Scoreboard der Europäischen Union von Platz 45 auf Platz 13 verbessert. Gleichzeitig stimme er Abgeordnetem Dr. Buchholz zu, dass es zu niedrige Ausgaben privater Unternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung gebe.

Abgeordneter Jersch fragt, wie die zu gründende Innovationsagentur in das bereits bestehende umfassende Fördersystem für Startups integriert werden solle. – Staatsrat Rieckhof antwortet, er erhoffe sich von dem Prozess der Bildung einer regionalen Innovationsagentur auch die Erarbeitung von Vorschlägen, wie man die Strukturen insgesamt verändern und viel-

leicht auch verschlanken könne. Die Innovationsagentur sei auf Hamburger Seite haushalterisch und organisatorisch bei der Innovationskontaktstelle (IKS) der Investitions- und Förderbank angedockt.

Abgeordneter Habersaat fragt, ob in Deutschland die Gründung eines derartigen Fonds wie beim Innovation Quarter angestrebt werde. – Staatsrat Rieckhof verweist darauf, man befinde sich in der Phase null. Hier gebe es keine Denkverbote, jedoch auch keine entsprechenden Vorgaben. – Herr Richter ergänzt, die Personalauswahl für die Innovationsagentur sei erfolgt. Er sei überzeugt, dass es gelungen sei, ein ausgesprochen gutes Personal auszuwählen. In Bezug auf die Einschätzung der Arbeit des Innovation Quarter meint er, man wisse nicht, wie hoch die Verluste in Bezug auf die investierten Mittel dort seien.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies erläutert Staatssekretär Dr. Hogrefe, die Mittel für die Phase null seien im Einzelplan 06 eingestellt. Er rechne damit, dass es im zweiten Quartal 2025 entscheidungsreife Vorschläge aus der Projektgruppe gebe, die dann im Lenkungsausschuss, anschließend im Regionsrat der Metropolregion, zu beraten wären – wahrscheinlich im September 2025. Im Anschluss sei dann die Politik an der Reihe, haushaltswirksam könnte es somit für den Haushalt 2026 sein.

Abgeordneter Brandt gibt zu bedenken, solange die Innovationsagentur noch nichts vorgelegt habe, sei es schwierig, über den dann folgenden haushalterischen Bedarf zu sprechen. Im Haushalt seien derzeit 100.000 Euro durch das Land Schleswig-Holstein bereitgestellt, die Hamburger Randkreise Schleswig-Holsteins hätten für beide Jahre der Phase null jeweils 25.000 Euro bereitgestellt. In der Tat sei die Arbeit im Innovation Quarter beachtlich. Jedoch gebe es auch in Schleswig-Holstein mit dem Innovationsfonds SH, der bis 2029 laufen solle und mit 50 Millionen Euro Beteiligungskapital ausgestattet sei, ein beachtliches Instrument. Anders als in Hamburg bestehe in Schleswig-Holstein die Herausforderung, dass man nicht die zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel vollständig in einen Innovationsfonds in die Metropolregion fließen lassen könne, weil die peripheren Gebiete dann benachteiligt seien. Auch Rotterdam habe diesbezüglich eine Struktur wie die Kernstadt Hamburg, weil die Gebietskörperschaften der Metropolregion dort vollständig innerhalb der Metropolregion lägen. Auf jeden Fall sei es schwierig für die nächste EFRE-Förderperiode bereits die Mittel entsprechend zu nutzen. – Abgeordneter Dr. Buchholz gibt zu bedenken, dass die Europäische Kommission für die kommende Förderperiode ab 2027 ein anderes Fördersystem anstrebe.

Abgeordneter Pender fragt nach einer Zusammenarbeit von Innovationsagentur mit dem Digital Hub Logistics and Commerce Hamburg. – Staatsrat Rieckhof meint, zwar seien derartige Einrichtungen, zu denen der auch DESY Innovation Hub, der Techhub in Hamburg-Lurup und das Zentrum für angewandte Luftfahrtforschung in Hamburg-Finkenwerder zählten, wichtig für eine regionale Innovationsagentur, beinhalteten aber nicht den zentralen Aspekt der Finanzierung. – Abgeordneter Pender fragt, ob eine Teilnahme an beziehungsweise ein Besuch des UITP-Summit in Hamburg im Juni 2025 für die Ausschussmitglieder möglich sei. – Staatsrat Rieckhof verspricht, dieses Anliegen mitzunehmen.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Pochnicht zur Organisation der Projektgruppe der Innovationsagentur berichtet Herr Richter, zwei der eingestellten Kräfte arbeiteten räumlich in der Geschäftsstelle der Metropolregion, die anderen jedoch in den einzelnen Innovationseinrichtungen der Länder. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter treffen sich sowohl real als auch virtuell. Er habe den Eindruck, dass bereits nach wenigen Wochen eine gute Zusammenarbeit entstanden sei.

Staatssekretär Dr. Hogrefe stimmt Staatsrat Rieckhof zu: Nach wie vor gebe es in der Metropolregion Hamburg viel zu tun, auch wenn in einigen Bereichen schon vieles geschehen sei. Die Fragmentierung der politischen Akteure mache es nicht einfach, zu Ergebnissen zu kommen. Hervorheben wolle er das räumliche Leitbild. Dieses müsse jetzt zwar mit Leben gefüllt werden, aber es sei hier sehr konkret überlegt worden, welche geographischen Achsen sinnvoll seien. Schwierig sei es in der Tat im Bereich der Innovationsfreundlichkeit, wo Hamburg beim Scoreboard deutlich besser dastehe als Schleswig-Holstein.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zum Innovationszentrum Autonomes Fahren berichtet Staatssekretär Dr. Hogrefe, hier sei man mit Mecklenburg-Vorpommern zu keiner Lösung gekommen. Schleswig-Holstein habe sich mit Nachdruck für den Standort Lübeck eingesetzt, wo es bereits einen Letter of Intent mit den Akteuren vor Ort gegeben habe und entsprechende Strukturen vorhanden gewesen seien. Schleswig-Holstein werde das Projekt nicht allein weiter vorantreiben.

Abgeordneter Dr. Buchholz thematisiert das räumliche Leitbild. Die OECD-Studie habe noch empfohlen, einen Planungsverbund für die Metropolregion zu schaffen. Hierzu sei es dann aufgrund mangelnder politischer Einigkeit nicht gekommen. Es stelle sich die Frage, ob es sich bei dem räumlichen Leitbild um mehr als eine wohl gemeinte Absichtserklärung handele.

Staatssekretär Dr. Hogrefe bestätigt, dass der politische Einigungswille nicht vorhanden gewesen sei, ein derartiges verbindliches räumliches Leitbild für die norddeutschen Bundesländer wäre jedoch auch nicht praktikabel gewesen. Jede Planänderung hätte in der Zukunft durch vier Planungsbehörden mitgetragen werden müssen. Für die Kommunen in Schleswig-Holstein sei diese Planung nicht verbindlich, da die Regionalplanung auf Landesebene durchgeführt werde. Für Schleswig-Holstein könne er jedoch versichern, dass das Land das räumliche Leitbild für die Planungsarbeiten berücksichtigen werde. In der Koordinierungskreisraumentwicklung begleite dies länderübergreifend durch ein Monitoring. – Frau Koll, Leiterin der Landesplanungsabteilung des Innenministeriums Schleswig-Holstein, ergänzt, es gebe durchaus einen gewissen Grad an Selbstverpflichtung in den vier beteiligten Bundesländern.

Auf eine Frage der Abgeordneten Sparr zum Leitfaden Flächensparendes und kompaktes Bauen berichtet Staatsrat Rieckhof, dieser Leitfaden gelte nicht nur für Schleswig-Holstein, sei aber von der Behörde für Stadtentwicklung maßgeblich mitentwickelt worden. Das Papier zeige Entwicklungsperspektiven für Räume außerhalb der Kernstadt Hamburg auf.

Abgeordneter Pochnicht erkundigt sich nach den Radschnellwegen Hamburg–Pinneberg und Hamburg–Bramstedt. – Staatsrat Rieckhof berichtet, in Hamburg werde an den Routen intensiv gearbeitet und zum Teil bereits gebaut.

Abgeordneter Dr. Buchholz berichtet, in Schleswig-Holstein sei es nur im Kreis Pinneberg gelungen, ein entsprechendes Trassenbündnis zu schließen. Er bittet die Landesregierung darum, zu gegebener Zeit im Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu berichten, inwieweit es hier Änderungen am Planungsrecht brauche.

Abgeordneter Brandt berichtet, auch auf der Strecke Hamburg-Bergedorf–Geesthacht sei kein Trassenbündnis zustande gekommen. Nach der Kommunalwahl im Frühjahr 2023 sei sogar die bereits geeinte Strecke in den betroffenen Gemeinden wieder infrage gestellt worden. Offenbar handele es sich um herausfordernde Projekte; der Radschnellweg nach Ahrensburg sei einfacher zu errichten, weil auf schleswig-holsteinischer Seite nur eine Gebietskörperschaft zuständig sei. Jedoch sei auch hier noch wenig Konkretes geschehen.

Zum Wohnungsmarkt-Monitoring berichtet Herr Richter auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz, der Lenkungsausschuss habe am 21. Juni 2024 der Finanzierung in Höhe von 600.000 Euro zugestimmt. Derzeit laufe die Ausschreibung.

Abgeordneter Dr. Buchholz regt an, Gewerbeflächen- und Wohnungsmarkt-Monitoring für die Metropolregion zusammenzufassen. – Staatsrat Rieckhof hält dies für eine abstrakte Diskussion. Die Adressaten der beiden Monitoring-Maßnahmen seien unterschiedlich. – Herr Richter verweist auf Schnittstellenprobleme. – Abgeordneter Dr. Buchholz meint, wenn ein Unternehmen sich an einem Standort ansiedeln wolle, so sei auch von Interesse, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort eine Wohnung finden könnten. Er gebe aber zu, dass es nicht zwingend sei, dies zusammenzuführen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Pender zu MOIA erklärt Staatsrat Rieckhof, es handele sich um ein eigenwirtschaftliches Projekt.

Eine weitere Frage des Abgeordneten Pender zur Erweiterung des Stadtradnetzwerkes beantwortet Herr Richter dahin gehend, es gebe bei den Kommunen im Hamburger Umland große Unterschiede, ob diese für sinnvoll gehalten werde. Norderstedt sei hier im Gegensatz zu einigen Nachbarn sehr engagiert.

Der Ausschuss schließt somit die Beratung der Drucksache ab. Einstimmig empfiehlt der Zusammenarbeitsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags dem Landtag, den Bericht, [Drucksache 20/900](#), zur Kenntnis zu nehmen.

3. Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet am 24. Januar 2025 in Hamburg mit der Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Frau Plambeck, statt.

Der Ausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags beschließt den 19. September (in Hamburg) und den 28. November 2025 (in Schleswig-Holstein) als Sitzungstermine. Zudem nimmt er für den 27. Juni oder 4. Juli 2025 eine Sitzung in Aussicht (in Schleswig-Holstein).

Der Ausschuss der hamburgischen Bürgerschaft nimmt diese Planung zur Kenntnis.

Die Vorsitzenden schließen die Sitzung um 18:40 Uhr.

gez. Dr. Bernd Buchholz
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer